



Politik Position

Wirtschaftspolitik

Freihandelsabkommen als Alternative zu InstA

(Version Juni 2021 V1)

- Grundsätze
- Positionen
- ▶ Aussagen



- **Position Wirtschaft**

Freihandelsabkommen

(Version Juni 2021 V1)





Freihandelsabkommen

(Version Juni 2021 V1)

■ Situationsanalyse

- Die Verhandlungen mit der EU über ein **Rahmenabkommen** (InstA) sind **gescheitert**.
- Überzeugende **Handlungsalternativen** nach dem Nein zum InstA legt der Bundesrat (noch) nicht vor.
- Der **Zugang zum europäischen Binnenmarkt** wird für viele Branchen sukzessive schwieriger, Investitionen am Standort Schweiz verlieren an Attraktivität, und die Umsetzung der Energiestrategie 2050 wird ohne die europäischen Partner kostspieliger.
- ▶ **Um die Prosperität zu erhalten, ist die Schweiz nun gefordert, eigenständig eine neue Vorstellung über ihre Zukunft zu entwickeln.**



Freihandelsabkommen

■ Schweiz – EU

- Die **EU** ist der **wichtigste Handelspartner** für die Schweiz.
- Im Gegenzug ist die Schweiz der viertwichtigste Handelspartner der EU.
- Die Schweizer Wirtschaft ist entsprechend stark abhängig vom **Handel mit der EU**.
- Der Anspruch auf **helvetische Autonomie** wird in einer ersten Phase mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sein.
- Der **Bilateralismus** mit der EU muss eine aussenpolitische Priorität bleiben, denn es gibt zu ihm keine ökonomisch gleichwertige Alternative.
- ▶ **Es braucht nun neue Wege aus der europapolitischen Strategielosigkeit des Bundesrates.**



Freihandelsabkommen

■ Freihandel als Ausweg

- Die Schweizer Wirtschaft ist stark **global ausgerichtet**. Eine Exportquote von über 60% des BIPs verdeutlicht dies.
- Die Schweiz nutzt noch nicht ihr ganzes **Potential** in den internationalen **Handelsverflechtungen**.
- Die schweizerische Politik muss darum bemüht sein, diesen Handel durch den Abschluss von **Freihandelsabkommen** (FHA) zu erleichtern.
- Dank den FHA können Schweizer Unternehmen ihre **Wettbewerbsfähigkeit** in in- und ausländischen Märkten verbessern.
- ▶ **Für eine kleine, hoch entwickelte Volkswirtschaft wie die Schweiz ist der internationale Handel zentral.**



Freihandelsabkommen

■ Nutzen von FHA

- Freihandelsabkommen haben das Ziel, den Handel zwischen den Partnerländern zu **vereinfachen** und das Handelsvolumen zu **erhöhen**.
- Die Schweiz verfügt über ein ausgedehntes Netz an Freihandelsabkommen mit derzeit 77 Partnern welche **55%** des Weltmarktes abdecken.
- Mit weiteren 15 möglichen Partnern würden **zusätzliche 30%** vom Weltmarkt erschlossen.
- Mit 6 Ländern stehen derzeit Verhandlungen an.
- ▶ **Mit dem Abschluss von FHA strebt die Schweiz einen stabilen und vereinfachten Zugang zu ausländischen Märkten für ihre Wirtschaft an.**



Freihandel

■ Freihandel als Hebelwirkung

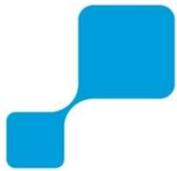
- Dank des **freien Handels** geben die Konsumenten **weniger Geld** für bestimmte Güter und Dienstleistungen aus, was es ihnen wiederum erlaubt, **mehr Geld** für andere Dinge auszugeben. Dies führt zu einer steigenden **Nachfrage** und in der Folge zu Gewinnen in den betreffenden Wirtschaftssektoren, was wiederum dafür sorgt, dass dort **Unternehmer** verstärkt **investieren**. Diese höhere Investitionsquote führt auf natürlichem Weg zu mehr **Arbeitsplätzen** in diesen Sektoren und übersteigt dabei den vormaligen Anstieg der Arbeitslosigkeit, der eventuell aufgetreten sein könnte.
- ▶ **Freihandel schafft wirtschaftliche Vorteile und sorgt für Prosperität.**



Freihandel

■ Freihandel im Grundsatz

- Die internationale Handelspolitik verfolgt das Ziel, einen möglichst **hindernisfreien Zugang** zu nationalen Märkten sicherzustellen.
- **Handel schafft** Wohlstand und treibt Innovationen voran, was zu besseren Produkten und niedrigeren Preisen führt.
- Eine zeitgemässe Globalisierung braucht eine umfassende Liberalisierung des Handels, die über die **Abschaffung von Zöllen** hinausgeht und sich zusätzlich mit wichtigen Fragen wie Normen und Richtlinien befasst.
- Eine pragmatische globale Lösung kann nur erreicht werden, indem man den Prozess von hinten aufrollt und mit bilateralen sowie regionalen **Vereinbarungen** beginnt.
- ▶ **Die Schweizerische Freihandelspolitik muss nebst wirtschaftlichen Prämissen auch ethische Anliegen berücksichtigen. (Umweltschutz, Menschenrechte)**



Freihandelsabkommen

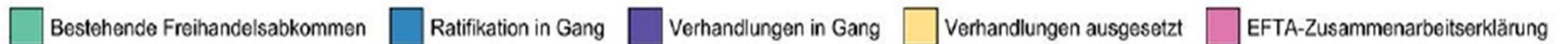
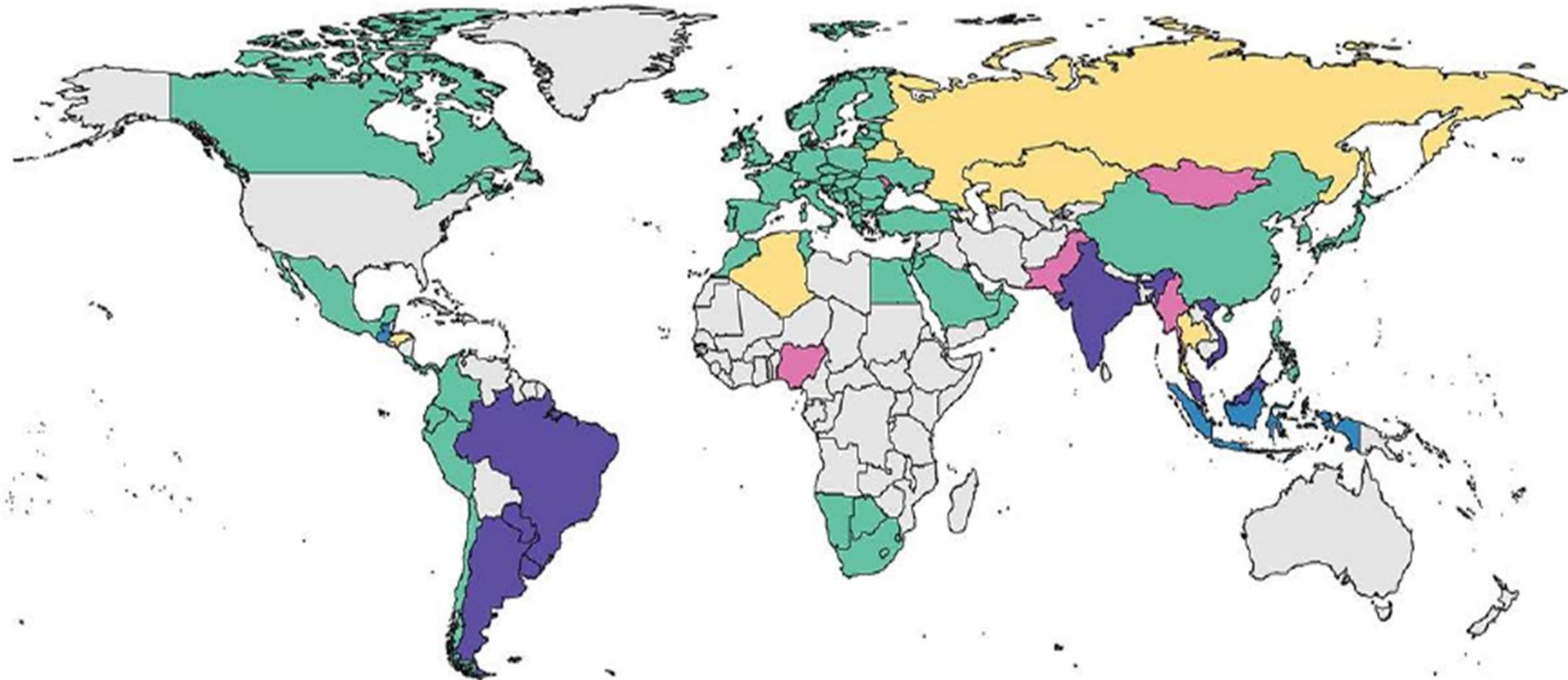
■ Was ist zu tun

- Mit unserem wichtigsten Aussenwirtschaftspartner, der **EU** auch nach dem Scheitern von InstA **im Gespräch bleiben**. Bilaterale Abkommen sichern.
- Wichtig ist die zügige **Aktualisierung** der bestehenden Freihandelsabkommen mit **Japan, Kanada, Mexiko**. (ev. China mit HR)
- Der Schweiz fehlen noch Abkommen mit Ländern, die ein hohes Exportpotenzial aufweisen. Die laufenden Verhandlungen über **neue Freihandelsabkommen** mit **Indien, Malaysia** und **Vietnam** sind daher möglichst bald abzuschliessen. (Mercosur mit Umweltauflagen)
- Die **grösste Lücke** im Netz der Schweizer Freihandelsabkommen sind die **USA**. Eine aktive Exploration für ein Freihandelsabkommen mit den USA muss zügig angegangen werden.
- ▶ **Klare ordnungspolitische Ausrichtung der eigenen Wirtschaftspolitik mit Verzicht auf neue protektionistische Massnahmen und den Rückbau bestehender Fehlentwicklungen.**



Freihandel

■ Freihandel Übersicht



Grafik: SECO 2021

Ludwig Loretz

• ludwiglorenz.ch • llorenz@bluewin.ch



Freihandel

■ Souveränität und Souverän mit dem InstA

- Dem Souverän wird seit Jahrzehnten zu der wohl **gewichtigsten Sachfrage** die Stimmabgabe verwehrt.
 - Überzeugende **Handlungsalternativen** nach dem Nein zum InstA legt der Bundesrat nicht vor.
 - Von Befürwortern des Rahmenabkommens angeführte **Lösungsansätze** bleiben wirkungslos.
 - Auch die Gegner des Rahmenabkommens lassen klare Vorstellungen vermissen.
 - Es muss eine ehrliche Diskussion geführt werden, dass mit der erfolgreichen Teilhabe am europäischen Binnenmarkt auch ein gewisser Souveränitätstransfer einhergeht.
- ▶ **Handeln auf mehreren Ebenen. Verwalten reicht nicht aus.**



Freihandel

■ Zukunft bewusst definieren

- Beherzte **Reformen** im Innern, aber auch in Bezug auf das aussenwirtschaftliches Verhältnis zu Europa und dem Rest der Welt angehen.
- **Re-Liberalisierung** des Arbeitsmarktes angehen.
- **Flexibilisierung** des Arbeitsrechts als Antwort auf die digitalen Arbeitswelt.
- Deregulierung und **Abbau der Verwaltungsbürokratie**.
- **Teil- oder Vollprivatisierung** von kostenintensiven staatlichen Bastionen.
- **Rückführung der Subventionen** der Landwirtschaft auf europäisches Niveau.
- Unilateraler **Abbau der Importzölle**.
- ▶ **Beharren auf dem Status quo führt zu einem Status minus.**



Freihandel

■ Synthese

«Als hochentwickelte Volkswirtschaft mit kleinem Binnenmarkt ist die Schweiz stark in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden und sowohl im Import als auch im Export auf ausländische Märkte angewiesen.»



Freihandel

▶ Freier Handel schafft Wohlstand!





Politik Position

■ Impressum

■ Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:

Ludwig Loretz
Gotthardstrasse
6490 Andermatt

■ Kontakt

lloretz(at)bluewin.ch

■ Copyright ©

Der Inhalt ist für den privaten Gebrauch sowie zur persönliche Meinungsbildung und zur Reflektion bestimmt.
Vor einer Weiterveröffentlichung ist der Autor zu kontaktieren und in Kenntnis zu setzen.
Die Bilder sind eventuell urheberrechtlich geschützt und dienen ausschliesslich der privaten Illustration.
Sämtliche Bildrechte liegen bei den Urhebern.

■ Bildernachweis: *SECO, economiesuisse*

■ Literaturquellen

Die Aussagen und Inhalte stützen sich, sofern nicht anderweitig erwähnt, vornehmlich auf Literatur mit liberaler und neoliberaler Ausrichtung ab.

■ Literatur Themenspezifisch: *SECO, Avenir Suisse*

▶ Genderhinweis

Gleichberechtigung als Anliegen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet.
Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Der Inhalt stellt die persönliche Meinung des Verfassers dar. Die Aussagen und Positionen sind in der Folge ebenso von persönlicher Natur und müssen nicht einheitlich mit denjenigen von politischen Parteien oder politischen Gruppierungen, Vereinen etc. übereinstimmen. Die Inhalte sind als indikativ und rechtlich unverbindlich zu verstehen. Die Sachverhalte unterliegen Veränderungen der Zeit und können auch örtlich unterschiedlich sein.